

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
AUSSCHUSSES FÜR BAUEN,
STADTENTWICKLUNG UND
ORDNUNG**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
47. BSO 2014-2020
Sitzungsdatum:
20.11.2019**

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 20.11.2019

Unter dem Vorsitz von Oliver Walther versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.10.2019
2. Bebauungsplan Nr. 10 - Ägidiusstraße - 1. Änderung gem. § 13 a BauGB
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
3. Bebauungsplan Nr. 40 - Kirchfeld - 6. vereinfachte Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
4. Erlass einer Veränderungssperre im Bereich der 6. vereinfachten Änderung
des Bebauungsplanes Nr. 40 - Kirchfeld -
5. Bebauungsplan Nr. 41 - Thornstraße - 4. Änderung gem. § 13 a BauGB
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
6. Bebauungsplan Nr. 53 - Dionysiusstraße - 4. Änderung gem. § 13 a BauGB
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
7. Bebauungsplan Nr. 54 - Holthausen-Süd - 11. vereinfachte Änderung
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
8. Bebauungsplan Nr. 84 - Daimlerstraße - 1. Änderung
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Anordnung der öffentlichen Auslegung
9. Erneuter Beschluss einer Veränderungssperre im Bereich der 1. Änderung
des Bebauungsplanes Nr. 121 - Drinhausen-Süd -
10. Bebauungsplan Nr. 124 - Musikschule - im beschleunigten Verfahren gem.
§ 13 a BauGB
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss

11. Bebauungsplan Nr. 126 - Beggendorfer Straße - im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
 12. Antrag der CDU-Fraktion vom 14.11.2016 gem. § 4 GeschO betr. Baumbepflanzung an Straßen und in Grünanlagen
 13. Anregungen nach § 24 GO NRW vom 28.05.2019 und 25.07.2019 betr. Neupflanzung von Bäumen in der Conneallee
 14. Antrag der CDU-Fraktion gem. § 4 GeschO vom 25.03.2019 betr. Wasserspender für Rathausplatz
 15. Antrag der Fraktion Bündnis90/ Die Grünen betr. Förderprogramm "Dach-, Fassaden und Vorgartenbegrünung" und "Nutzung regenerativer Energien"
 16. Vorstellung des Prüfungsergebnisses betr. der Aufstellung von Laubboxen
hier: Beschluss des Rates vom 26.09.2018
 17. Erweiterungen zur Tagesordnung
 18. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung
- B) Nichtöffentliche Sitzung**
19. Entscheidung über Ökostrom für die Stromlieferverträge der Stadt Übach-Palenberg; Beschluss Sitzung vom 29.08.2019
 20. Weiterführung von ökologischen Ausgleichsmaßnahmen auf privaten Grundstücken
 21. Erschließungsvertrag BP Nr. 124, ehemaliges Gelände der Musikschule Marienberg
 22. Vergabeangelegenheiten
 - 22.1. Neugestaltung des Rathausplatzes - Vergabe Nachtragsleistungen
 - 22.2. Modernisierung Gymnasium
Gewerk; Heizungs- und Sanitärinstallation
 - 22.3. Rahmenvertrag Haustechnik
 - 22.4. Otto-von-Hubach-Straße - Neubauplanung Straße und Entwässerung
 - 22.5. Erneuerung der Rad- und Fußgängerbrücken zum Wurmatal über die DB - Vergabe Planungsleistung
 23. Erweiterungen zur Tagesordnung
 24. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

- 24.1.** Bebauungsplan Nr. 53 - Dionysiusstraße - 4. Änderung gem. § 13 a BauGB
hier: Antragsteller im Rahmen der öffentlichen Auslegung
- 24.2.** Bebauungsplan Nr. 84 - Daimlerstraße - 1.Änderung
hier: Antragsteller im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
- 24.3.** Anregung nach § 24 GO NRW vom 28.05.2019 betr. Neupflanzung von
Bäumen in der Conneallee
hier: Antragsteller
- 24.4.** Anregung nach § 24 GO NRW vom 25.07.2019 betr. Bäume in der Conne-
allee
hier: Antragsteller

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Herr Tim Böven	SPD	
Herr Herbert Fibus	SPD	
Herr Josef Fröschen	CDU	
Herr Herbert Görtz	CDU	
Herr Wolfgang Gudduschat	FDP-USPD	als persönlicher Vertreter für Stadtverordneten Mlaker
Herr Frank Kozian	B'90/Die Grünen	
Herr Alf Ingo Pickartz	SPD	
Herr Gerd Streichert	SPD	
Herr Oliver Walther	CDU	
Herr Artur Wörthmann	CDU	als persönlicher Vertreter für Stadtverordneten Kohnen
Herr Hubert Wynands	CDU	

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Herr Olaf Branigk	UWG	als persönlicher Vertreter für Stadtverordneten Bien
Herr Johannes Bröhl	CDU	
Herr Ralf Gottschlich	CDU	als persönlicher Vertreter für sachkundigen Bürger Meyer

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Klaus-Giso Bernhardt	SPD
Frau Carla Glashagen	B90/Die Grünen
Herr Sebastian Schröter	CDU

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Peter Lürken	parteilos
-------------------	-----------

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch
Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz
Herr Stadtoberrechtsrat Marius Claßen
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek

Frau Stadtverwaltungsrätin Maria Luise Hermanns
Herr Stadtverwaltungsrat Herbert Söhnen
Herr Technischer Angestellter Peter Steingass
Herr Verwaltungsangestellter Udo Langendorf
Frau Stadtamtfrau Rafaela Jers
Herr Technischer Angestellter Achim Engels

bis Ende TOP 18, 18.35 Uhr

Schritfführerin

Frau Stadtamtfrau Jutta Gündling

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte **Ausschussvorsitzender Walther** alle anwesenden Ausschussmitglieder, Verwaltungsbedienstete, die Teilnehmer des Projekts Kids (Kommunalpolitik in der Schule), die Zuschauer und die Vertreterin der Presse. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschuss fest.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, dass sie am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

A) Öffentliche Sitzung

1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.10.2019

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung vom 09.10.2019 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**2 Bebauungsplan Nr. 10 - Ägidiusstraße - 1. Änderung gem. § 13 a BauGB
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss**

Beschlussempfehlung:

- 1. Es wird festgestellt, dass von Seiten der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen abgegeben wurden.**
- 2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden. (Die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriften-sammlung enthalten.)**
- 3. Die 1. Änderung gem. § 13 a BauGB des Bebauungsplanes Nr. 10 – Ägidiusstraße – wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.**

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig.

(Über die eingegangenen Stellungnahmen zu Punkt 2 der vorliegenden Beschlussempfehlung wurde entsprechend der Abwägungsvorschläge in der Abwägungstabelle jeweils einzeln abgestimmt.)

**3 Bebauungsplan Nr. 40 - Kirchfeld - 6.vereinfachte Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**

Beschlussempfehlung:

1. Der Aufstellungsbeschluss zur 6. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 40 – Kirchfeld - wird gem. § 13 Abs. 1 BauGB gefasst.

Umfang der Änderungen:

**Ausschluss von Vergnügungsstätten (Aufzählung siehe Begründung)
(Die Begründung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten.)**

2. Der Entwurf der 6. vereinfachten Änderung wird beschlossen. (Der Entwurf/Übersichtsplan ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten.)
3. Der von der Änderung des Bebauungsplanes betroffenen Öffentlichkeit und den von der Planänderung berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wird gem. § 13 Abs. 2 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.
4. Im Geltungsbereich der Änderung des Bebauungsplanes Nr. 40 – Kirchfeld - wird eine Veränderungssperre gemäß § 14 BauGB erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig.

4 Erlass einer Veränderungssperre im Bereich der 6. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 40 - Kirchfeld -

Beschlussempfehlung:

Im Geltungsbereich der 6. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 40 Kirchfeld wird eine Veränderungssperre gemäß § 14 BauGB erlassen.

Die betroffenen Flurstücke sind im beiliegenden Übersichtsplan dargestellt. (Der Übersichtsplan ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten.)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**5 Bebauungsplan Nr. 41 - Thornstraße - 4. Änderung gem. § 13 a BauGB
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss**

Beschlussempfehlung:

1. Es wird festgestellt, dass von Seiten der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen abgegeben wurden.
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden. (Die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten.)
3. Die 4. Änderung gem. § 13 a BauGB des Bebauungsplanes Nr. 41 – Thornstraße – wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig.

(Über die eingegangenen Stellungnahmen zu Punkt 2 der vorliegenden Beschlussempfehlung wurde entsprechend der Abwägungsvorschläge in der Abwägungstabelle jeweils einzeln abgestimmt.)

**6 Bebauungsplan Nr. 53 - Dionysiusstraße - 4. Änderung gem. § 13 a BauGB
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss**

Beschlussempfehlung:

1. Über die von der Öffentlichkeit während der öffentlichen Auslegung eingegangene Stellungnahme wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage 1) entschieden. (Die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten.)
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage 2) entschieden. (Die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten.)
3. Die 4. Änderung gem. § 13 a BauGB des Bebauungsplanes Nr. 53 – Dionysiusstraße – wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig.

(Über die eingegangenen Stellungnahmen zu Punkt 1 und 2 der vorliegenden Beschlussempfehlung wurde entsprechend der Abwägungsvorschläge in den Abwägungstabellen jeweils einzeln abgestimmt.)

**7 Bebauungsplan Nr. 54 - Holthausen-Süd - 11. vereinfachte Änderung
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss**

Beschlussempfehlung:

- 1. Es wird festgestellt, dass von Seiten der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen abgegeben wurden.**
- 2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange während der öffentlichen Auslegung eingegangene Stellungnahme wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden. (Die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten.)**
- 3. Die 11. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 54 – Holthausen-Süd – wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.**

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig.

(Über die eingegangene Stellungnahme zu Punkt 2 der vorliegenden Beschlussempfehlung wurde entsprechend des Abwägungsvorschlags in der Abwägungstabelle einzeln abgestimmt.)

**8 Bebauungsplan Nr. 84 - Daimlerstraße - 1. Änderung
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Anordnung der öffentlichen Auslegung**

Beschlussempfehlung:

- 1. Über die von der Öffentlichkeit eingegangene Stellungnahme wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden. (Die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten.)**
- 2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden. (Die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten.)**
- 3. Der Planentwurf zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 84 – Daimlerstraße - wird beschlossen. (Der Planentwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten.)**

4. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 84 – Daimlerstraße - wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig.

(Über die eingegangenen Stellungnahmen zu Punkt 2 der vorliegenden Beschlussempfehlung wurde entsprechend der Abwägungsvorschläge in den Abwägungstabellen jeweils einzeln abgestimmt.)

- 9 Erneuter Beschluss einer Veränderungssperre im Bereich der 1.Änderung des Bebauungsplanes Nr. 121 - Drinhausen-Süd -
-

Beschlussempfehlung:

Im Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 121 Drinhausen-Süd wird die Veränderungssperre gemäß § 17 Abs. 3 BauGB erneut beschlossen. Die Veränderungssperre gilt somit erneut für zwei Jahre.

Betroffene Flurstücke:

Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 61, Flurstücke Flurstücksnummern 42, 43 tw., 57, 73 tw.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

- 10 Bebauungsplan Nr. 124 - Musikschule - im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
-

Beschlussempfehlung:

1. Es wird festgestellt, dass von Seiten der Öffentlichkeit während der öffentlichen Auslegung keine Stellungnahmen abgegeben wurden.
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden. (Die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten.)
3. Der Bebauungsplan Nr. 124 - Musikschule - im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig.

(Über die eingegangenen Stellungnahmen zu Punkt 2 der vorliegenden Beschlussempfehlung wurde entsprechend der Abwägungsvorschläge in der Abwägungstabelle jeweils einzeln abgestimmt.)

- 11 Bebauungsplan Nr. 126 - Beggendorfer Straße - im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss**
-

Beschlussempfehlung:

- 1. Es wird festgestellt, dass von Seiten der Öffentlichkeit während der öffentlichen Auslegung keine Stellungnahmen abgegeben wurden.**
- 2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden. (Die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten.)**
- 3. Der Bebauungsplan Nr. 126 – Beggendorfer Straße - im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.**

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig.

(Über die eingegangenen Stellungnahmen zu Punkt 2 der vorliegenden Beschlussempfehlung wurde entsprechend der Abwägungsvorschläge in der Abwägungstabelle jeweils einzeln abgestimmt.)

- 12 Antrag der CDU-Fraktion vom 14.11.2016 gem. § 4 GeschO betr. Baumbepflanzung an Straßen und in Grünanlagen**
-

Die **CDU-Fraktion** erläuterte, dass ihr Antrag aus dem Jahr 2016 gerade im Hinblick auf die Entwicklungen im Bereich Umwelt- und Klimaschutz nicht mehr aktuell sei. Daher schlage sie folgende abgeschwächte Beschlussempfehlung vor:

„Die Verwaltung wird damit beauftragt, die Bäume im Stadtgebiet, von denen eine Gefahr ausgeht, zu entfernen und fachgerecht zu ersetzen.“

Weiterhin appellierte die CDU-Fraktion an alle Fraktionen, dass bei den Bürgerinnen und Bürger Aufklärungsarbeit hinsichtlich des Mehrwertes durch Bäume und Begrünung geleistet werden müsse.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** merkte an, dass die Verwaltung bereits nach dieser Vorgabe handeln würde. Weiterhin brachte sie das Thema Baumschutzsatzung als wünschenswertes Regelungsinstrument ein.

Die **SPD-Fraktion** begrüßte die geänderte Antragsformulierung. Sie hinterfragte jedoch die Belastbarkeit dieser Kehrtwende. Sie hob hervor, dass alle politischen Vertreter eine Vorbildfunktion bei der ökologischen Gestaltung ihrer Umwelt hätten.

Ausschussvorsitzender Walther stellte den geänderten Antrag zur Abstimmung:

Beschluss:

Die Verwaltung wird damit beauftragt, die Bäume im Stadtgebiet, von denen eine Gefahr ausgeht, zu entfernen und fachgerecht zu ersetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

13 Anregungen nach § 24 GO NRW vom 28.05.2019 und 25.07.2019 betr. Neupflanzung von Bäumen in der Conneallee

Alle Fraktionen sprachen sich für den Beschlussvorschlag A der Sitzungsvorlage als grundsätzliche Vorgehensweise im Umgang mit den Alleebäumen in der Conneallee aus.

Die **SPD-Fraktion** thematisierte ein Förderprogramm für Alleen des Landes Nordrhein-Westfalen. Sie regte an, Fördermöglichkeiten für Ergänzungspflanzung und Wiederherstellung von Bäumen in der Conneallee prüfen zu lassen und das mit in den Beschluss aufzunehmen.

Dagegen erhoben sich keine Einsprüche.

Ausschussvorsitzender Walther stellte die abgewandelte Beschlussempfehlung zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung beschließt folgende grundsätzliche Vorgehensweise im Umgang mit den Alleebäumen in der Conneallee:

- Im Straßenabschnitt 1 werden **keine** Baumbeete erstmalig neu angelegt.
- Der Baumbestand wird **nicht** gefällt.
- Bei durch Baumwurzeln verursachten Schäden an der privaten Bebauung oder Einfriedung wird im Einzelfall über eine Fällung entschieden.
- Notwendig zu fällende Alt-Bäume werden durch neue, adäquate Bäume ersetzt. Die Baumbeete sind dann nach Maßgabe zu vergrößern.
- Es wird geprüft, ob vereinzelte neue Baumbeete an bisherigen Fehlstellen angelegt werden können.
- Es wird geprüft, ob Fördermöglichkeiten für Ersatz- oder Neupflanzungen genutzt werden können.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

14 Antrag der CDU-Fraktion gem. § 4 GeschO vom 25.03.2019 betr. Wasserspender für Rathausplatz

Die **CDU-Fraktion** erklärte, dass sie ihren Antrag zurückziehe. Aufgrund der Teilnahme des Biergartens auf dem Rathausplatz an dem Projekt „Refill“, das eine kostenlose Befüllung eines Trinkgefäßes mit Leitungswasser ermögliche, sei ein Wasserspender an dieser Stelle überflüssig.

15 Antrag der Fraktion Bündnis90/ Die Grünen betr. Förderprogramm "Dach-, Fassaden und Vorgartenbegrünung" und "Nutzung regenerativer Energien"

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** erklärte, dass sie ihren Antrag als Fortsetzung zum gemeinsamen Antrag mit der CDU-Fraktion betr. Resolution der Kommunen des Kreises Heinsberg nach Ausrufung des Klimanotstandes unterstützen sehe. Dieser biete Freiraum für vielseitige Lösungen.

Seitens der **CDU-Fraktion** wurde drauf hingewiesen, dass diverse Beratungsleistungen zu Förderprogrammen bereits von anderen Behörden bzw. Institutionen angeboten würden. Weiterhin äußerte sie Bedenken, dass die städtischen Dächer die Last einer Dachbegrünung tragen könnten, wo schon in der Vergangenheit Photovoltaik aufgrund der Statik der Gebäude ausgeschieden sei. Sie schlug vor, die Verwaltung mit der Prüfung des Antrages und der Ausarbeitung einer Sitzungsvorlage zu beauftragen.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** hielt fest, dass die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen sollte. Sie befürwortete die Prüfung des Antrages durch die Verwaltung.

Die **Verwaltung** erklärte, dass sie bereits Gestaltungssatzungen erlasse und die Bürger über diese informiere. Eine Kontrolle gestalte sich jedoch schwierig.

Die **SPD-Fraktion** beantragte, der Verwaltung einen Prüfauftrag zu erteilen und zu Abstimmung voranzuschreiten.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** beantragte, Nr. V ihres Antrages von der Prüfung auszunehmen.

Ausschussvorsitzender Walther ließ zuerst über den Antrag der SPD-Fraktion als weitestgehenden Antrag abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird damit beauftragt den Antrag der Fraktion Bündnis90/ Die Grünen betr. Förderprogramm "Dach-, Fassaden und Vorgartenbegrünung" und "Nutzung regenerativer Energien" zu prüfen und das Ergebnis dem Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Da ein einstimmiger Beschluss gefasst wurde, wurde der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht mehr zur Abstimmung gestellt.

16 Vorstellung des Prüfungsergebnisses betr. der Aufstellung von Laubboxen hier: Beschluss des Rates vom 26.09.2018

Das Prüfergebnis der Verwaltung zum Antrag der CDU-Fraktion vom 10.09.2018 gem. § 4 der GeschO wurde zur Kenntnis genommen.

17 Erweiterungen zur Tagesordnung

Es lagen keine Erweiterungen zur Tagesordnung vor.

18 Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Die **Verwaltung** berichtete über eine erteilte Genehmigung zur Aufforstung eines Bereichs vor der Tevereiner Heide in der Größe von 3 Hektar.

Anfrage der SPD-Fraktion:

Auf Anfrage der **SPD-Fraktion** sagte die **Verwaltung** zu, im Stadtteil Windhausen im Bereich der Bushaltestelle an der Windhausener Straße das Tempolimit 30 km als zusätzlichen Hinweis auf der Straße anbringen zu lassen.

Ausschussvorsitzender Walther schloss um 18.35 Uhr die öffentliche Sitzung und setzte eine fünfminütige Pause an.

Walther
Ausschussvorsitzender

Gündling
Schriftführerin